

Anlage "A"

Allegato/Anlage A  
Rep./Urk. 6361  
Racc./Samml. 5566

**Satzung der Gesellschaft**  
**"IB GMBH" Gesellschaft mit einzigem Gesellschafter**

**Art. 1 - Benennung und Sitz**

Es ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit einzigem Gesellschafter unter der Bezeichnung "IB GmbH", in italienisch "IB Srl" gegründet.

Der Sitz der Gesellschaft ist in Innichen.

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung können Zweigniederlassungen, Filialen, Agenturen und Vertretungen, im Inland wie im Ausland, eröffnet werden.

**Art. 2 - Dauer**

Die Dauer der Gesellschaft ist vom Gründungstag bis zum 31. Dezember des Jahres 2050 festgelegt, vorbehaltlich Verlängerung oder vorzeitiger Auflösung.

**Art. 3 - Zweck der Gesellschaft**

Zweck der Gesellschaft ist die Führung der öffentlichen Badeanstalt in Innichen, welche die Gemeinde errichtet hat, sowie des verbundenen internen gastronomischen Bereiches oder dessen Verpachtung.

Als sport- und gesundheitsfördernde Aktivität kann die Gesellschaft Schwimmkurse für die Bevölkerung organisieren. Sie kann in untergeordneter Form Produkte verkaufen oder vermieten, sofern diese für die Ausübung des Schwimmsports unerlässlich sind.

Zur Erreichung des Gesellschaftszweckes kann die Gesellschaft alle Finanz-, Handels- und Industrieoperationen beweglicher und unbeweglicher Art tätigen, insbesondere jene Anlagen betreiben, mit welchen eine direkte Einsparung von Energiekosten verbunden ist.

Sie kann im Rahmen des Gesellschaftszweckes Servituten errichten, Hypothekendarlehen aufnehmen, Realrechte erwerben, veräußern oder darauf verzichten und überhaupt alle Rechtsgeschäfte durchführen, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes erforderlich oder nützlich sind.

**Art. 3 bis - In-house-Gesellschaft**

Als In-house-Gesellschaft gilt die Verpflichtung, dass mehr als achtzig Prozent ihres fakturierten Umsatzes die Ausübung der ihr von den Gemeinden übertragenen Aufgaben betrifft, und der restliche Umsatz als Nebentätigkeit unter der Bedingung erzielt wird, dass durch ihn sich wirtschaftliche Vorteile in den Produktionsphasen oder im Aufholen von wirtschaftlicher Effizienz der Haupttätigkeit ergeben.

Die Nichteinhaltung dieser quantitativen Grenze stellt eine schwerwiegende Unregelmäßigkeit im Sinne des Art. 2409 ZGB dar. Hinsichtlich der Behebung solcher Unregelmäßigkeiten wird auf die einschlägigen Bestimmungen verwiesen."

**Art. 4 - Gesellschaftskapital**

Das Gesellschaftskapital beträgt Euro 25.000,00 (fünfundzwanzigtausend

*[Handwritten signature]*  
*[Circular notary stamp: NOTARIO IN SANI...]*  
*[Handwritten signature]*

komma null).

#### Art. 5 - Gesellschaftsanteile

Die Gesellschaftsanteile lauten auf den Namen der Gesellschafter. Die Gesellschaftsrechte stehen den Gesellschaftern im Verhältnis zu der jeweils gehaltenen Beteiligung zu.

Die Beteiligungen können nur zwischen öffentlichen Körperschaften übertragen werden.

#### Art. 6 - Gesellschaftsorgane

Die Organe der Gesellschaft sind:

- die Gesellschafterversammlung
- der Verwaltungsrat
- das Kontrollorgan - der Rechnungsrevisor

Es ist verboten Organe einzurichten, welche von jenen, die von den allgemeinen Bestimmungen vorgesehen sind, abweichen, mit Ausnahme von Ausschüssen, für welche kein Entgelt vorgesehen ist, wie im Fall von technischen Ausschüssen und/oder jenen für die Kontrollausübung wie über die eigenen Dienste der Fall ist.

#### Art. 7 - Gesellschafterversammlung

Oberstes Organ der Gesellschaft ist die Gesellschafterversammlung. Ihre Beschlüsse binden alle Gesellschafter, ob in der Versammlung vertreten oder nicht.

#### Art. 8 - Einberufung der Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung wird von den Verwaltern mittels Einschreibebrief oder anderen Mitteln der telematischen Datenübermittlung einberufen, die wenigstens 8 Tage vor dem Datum der Gesellschafterversammlung abzuschicken sind.

Das Einberufungsschreiben enthält Ort, Tag und Zeit der Versammlung, sowie die Tagesordnung.

Die Versammlung gilt auch ohne förmliche Einberufung als beschlussfähig, wenn alle Gesellschaftsanteile anwesend oder vertreten sind, alle Geschäftsführer bzw. Verwaltungsräte und alle Mitglieder des Kontrollorgans erschienen sind. Diese Versammlung kann über alle Gegenstände beschließen, die in den Geschäftsbereich der Gesellschaft fallen.

Jeder Gesellschafter hat das Recht, jederzeit die Einberufung der Gesellschafterversammlung zu verlangen zwecks Beschlussfassung der von ihm vorgegebenen Tagesordnung.

#### Art. 9 - Ordentliche und außerordentliche Gesellschafterversammlung

Die ordentliche Gesellschafterversammlung findet alljährlich innerhalb von vier Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres statt.

Die ordentliche Gesellschafterversammlung genehmigt die Bilanz und beschließt über alle im Art. 2364 des Z.G.B. vorgesehenen Argumente.

Sofern besondere Umstände es erfordern, kann die ordentliche Gesellschafterversammlung auch innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres einberufen werden.

Die außerordentliche Gesellschafterversammlung wird für jene Beschlüsse einberufen, welche nach dem Gesetz in ihre Zuständigkeit fallen.

#### Art. 10 - Teilnahmeberechtigung und Vertretung

Die Gemeinde, als Gesellschafter, kann sich mit schriftlicher Vollmacht des Bürgermeisters von einer anderen Person, auch Nichtgesellschafter, vertreten lassen unter der Berücksichtigung der Bestimmungen des Art. 2372 ZGB.

#### Art. 11 - Vorsitz der Gesellschafterversammlung

Der Vorsitz in der Gesellschafterversammlung steht dem Präsidenten des Verwaltungsrates oder einer von der Gesellschafterversammlung ernannten Person zu.

Über den Verlauf der Versammlung wird von einem von der Gesellschafterversammlung ernannten Schriftführer ein Protokoll geführt. Der Beistand des Schriftführers ist nicht notwendig, wenn das Protokoll der Versammlung von einem Notar abgefasst wird.

#### Art. 12 - Beschlussfähigkeit der Gesellschafterversammlung und Gültigkeit der Beschlüsse

Die ordentliche Gesellschafterversammlung in erster Einberufung ist mit Anwesenheit der Mehrheit des Gesellschaftskapitals beschlussfähig.

Die Beschlüsse sind mit der absoluten Stimmenmehrheit des anwesenden oder vertretenden Gesellschaftskapitals gültig.

Die ordentliche Gesellschafterversammlung beschließt in zweiter Einberufung unabhängig von der Höhe des anwesenden Gesellschaftskapitals im Sinne der Bestimmungen des Art. 2369, Abs. 3 des Z.G.B.

Die außerordentliche Gesellschafterversammlung ist in erster Einberufung mit der Anwesenheit von mindestens 2/3 des Gesellschaftskapitals beschlussfähig.

Die außerordentliche Gesellschafterversammlung in zweiter Einberufung ist mit der Anwesenheit von mindestens der Hälfte des Gesellschaftskapitals beschlussfähig.

Die außerordentliche Gesellschafterversammlung beschließt mit Zustimmung so vieler Gesellschafter, die mehr als die Hälfte des anwesenden oder vertretenen Gesellschaftskapitals vertreten.

#### Art. 12 bis - Proporz und Geschlechtergleichgewicht

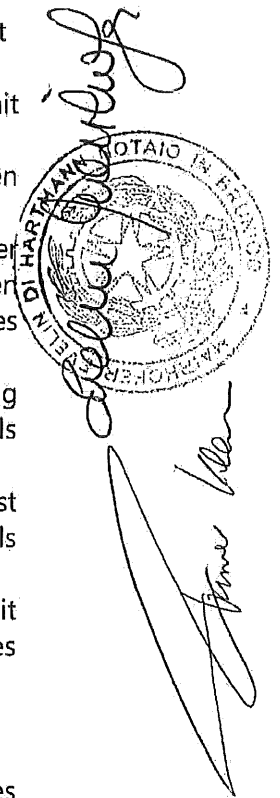
Bei der Zusammensetzung des Verwaltungsrates und des Kontrollorganes müssen die von der Landesverwaltung angewandten Bestimmungen über den ethischen Proporz eingehalten werden.

Bei der Zusammensetzung des Verwaltungsrates und des Kontrollorganes muss außerdem das Geschlechtergleichgewicht im Sinne der geltenden Bestimmungen beachtet werden.

#### Art. 13 - Geschäftsführung

Die Geschäftsführung obliegt dem Verwaltungsrat, der von der Gesellschafterversammlung auf drei Jahre gewählt wird. Die Verwaltung der Gesellschaft kann auch Nichtgesellschaftern anvertraut werden.

#### Art. 14 - Zusammensetzung des Verwaltungsrates



Der Verwaltungsrat setzt sich aus drei Mitgliedern zusammen.

Im Sinne des Artikels 2449 des Zivilgesetzbuches steht den an der Gesellschaft beteiligten öffentlichen Verwaltungen die Bestellung der Verwalter im Verhältnis zu ihrer Beteiligung am Gesellschaftskapital zu.

Jeder Verwalter kann im Sinne des Artikels 2383 und des Artikels 2449 des Zivilgesetzbuches jederzeit abberufen werden.

Die Gesellschafterversammlung legt die Vergütung für die Verwalter und für die Mitglieder des Kontrollorganes, gemäß den geltenden Bestimmungen, fest.

Es ist verboten, Sitzungsgelder der Ergebniszulagen zu entrichten, welche nach der Durchführung der Tätigkeit beschlossen wurden, sowie den Mitgliedern der Gesellschaftsorgane Vergütungen am Ende der Amtszeit zu entrichten.

Es ist verboten, Kilometergeld für die Fahrt zum Sitz und/oder zum Ort der Versammlungen auszuzahlen.

#### Art. 15 - Befugnisse und Zuständigkeiten des Verwaltungsrates

Dem Verwaltungsrat steht die ordentliche und außerordentliche Geschäftsführung der Gesellschaft im Rahmen des Gesellschaftszweckes zu.

In Ausübung dieser Tätigkeit richtet sich der Verwaltungsrat nach den im Art. 21bis vorgesehenen Sonderbestimmungen zur Ausrichtung und Kontrollbefugnis der Gemeinde als Gesellschafter.

Für die Gültigkeit der Beschlüsse ist die Anwesenheit der Mehrheit der im Amt befindlichen Verwalter erforderlich und die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Anwesenden gefasst.

#### Art. 16 - Der Präsident des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat ernennt unter seinen Mitgliedern einen Präsidenten und einen Vize-Präsidenten, wenn diese nicht durch die Gesellschafterversammlung bestellt werden.

Die gesetzliche Vertretung der Gesellschaft steht dem Präsidenten des Verwaltungsrates zu.

Das Amt des Vize-Präsidenten ist ausschließlich im Fall von Abwesenheit oder Verhinderung des Präsidenten und ohne Zuerkennung von zusätzlichen Vergütungen erteilt.

Der Verwaltungsrat erteilt Führungsvollmachten einem einzigen Verwalter, unbeschadet der Erteilung von Vollmachten an den Vorsitzenden, sofern diese im Voraus von der Gesellschafterversammlung ermächtigt wurden.

#### Art. 17 - Kontrollorgan - Rechnungsrevisor

Es ist für die Gesellschaft Pflicht das Kontrollorgan oder einen Rechnungsrevisor zu ernennen.

Ernennt die Gesellschafterversammlung das Kontrollorgan bestimmt sie die Anzahl der Mitglieder und überträgt diesem beide Aufgaben, die Überwachungstätigkeit und die Rechnungsprüfung. Die Gesellschafterversammlung kann, als Alternative zum Kontrollorgan, einen Rechnungsrevisor oder eine Revisionsgesellschaft ernennen.

Über die Vergütung der Organe beschließt die Gesellschafterversammlung.

Das Kontrollorgan bleibt für drei Jahre im Amt und verfällt seines Amtes mit der Gesellschafterversammlung für die Genehmigung des

Jahresabschlusses des dritten Geschäftsjahres. Der Amtsverfall hat Wirkung mit der Bestellung des neuen Kontrollorganes. Die gleiche Bestimmung gilt für den Rechnungsrevisor oder die Revisionsgesellschaft.

Unabhängig vom Kontrollorgan steht den Gesellschaftern in Ergänzung zum Art.2476 ZGB das Recht zu, jederzeit die Kontrolltätigkeit auszuüben.

#### Art. 18 - Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr endet am 31. Dezember eines jeden Jahres.

#### Art. 19 - Die Jahresbilanz

Die Verwalter müssen die Bilanz des Geschäftsjahres unter Beachtung der gesetzlichen und statutarischen Bestimmungen und unter Berücksichtigung des allgemeinen Grundsatzes der kaufmännischen Vorsicht erstellen.

#### Art. 20 - Gewinnverteilung

Vom jährlichen Reingewinn muss ein Betrag, der mindestens dem zwanzigsten Teil desselben entspricht dem gesetzlichen Reservefond zugewiesen werden, bis dieser ein Fünftel des Gesellschaftskapitals erreicht hat.

Über die Verwendung des restlichen Reingewinnes entscheidet die Gesellschafterversammlung.

#### Art. 21 - Finanzierungen der Gesellschafter

Die Gesellschafter können auf Antrag des Verwaltungsorgans und unter Einhaltung der geltenden steuerrechtlichen Bestimmungen, Einzahlungen in Konto Kapital vornehmen oder Finanzierungen gewähren, soweit diese nicht im Sinne der geltenden Bestimmungen für das Bank- und Kreditwesen Aufforderungen zur Ersparnis gegenüber der Öffentlichkeit darstellen.

Finanzierungen, welche von den Gesellschaftern im Verhältnis der jeweiligen Gesellschaftsanteile zu Gunsten der Gesellschaft gewährt werden sollten, sind zinslos, außer es werden anderweitige Vereinbarungen getroffen.

#### Art. 21 bis - Ausrichtungs- und Kontrollfunktion und Informationsrecht

Die öffentliche Körperschaft oder Körperschaften, welche Gesellschafter sind, üben die zustehenden Funktionen der Ausrichtung, Programmierung und Kontrolle aus und nutzen das Informationsrecht, unter Berücksichtigung der Modalitäten in den geltenden Bestimmungen und in den Dienstleistungsverträgen, welche die Beziehungen zwischen den Gesellschaften und den Körperschaften, welche Gesellschafter sind, regeln, sowie in den spezifischen Geschäftsordnungen, welche in diesen Körperschaften angewandt werden.

Von diesen Funktionen führen die öffentlichen Körperschaft oder die Körperschaften, welche Gesellschafter sind, Folgendes durch:

- sie genehmigen im Voraus das detaillierte Jahresprogramm der Ausgaben und der Tätigkeiten der Gesellschaft;
- sie bekommen vom Verwaltungsorgan die Liste der von der Gesellschaft gefassten Beschlüsse und die diesbezüglichen Niederschriften;
- sie genehmigen die Akte der außerordentlichen Geschäftsführung und die relevanten der ordentlichen Geschäftsführung;

The block contains handwritten signatures and a circular notary stamp. The stamp is from the 'Kanton Bern' and mentions 'HARTMANN, Notar in Bern'. There are several signatures, including one that appears to be 'Hartmann' and another that looks like 'Hartmann' or 'Hartmann'.

- sie genehmigen die Beschlüsse, welche das Tätigkeitsprogramm oder den Haushaltsplan überschreiten;
- sie bekommen jährlich vonseiten des Verwaltungsorgans bei Abschluss des Geschäftsjahres einen Bericht über die Gesellschaftsverwaltung, der über die zwischenjährliche Kontrolle über die Beibehaltung des Haushalts- und Finanzgleichgewichts, über die Bewertung des Risikos einer Betriebskrise und über den Stand der Umsetzung der festgelegten Ziele, insbesondere bezüglich der Eindämmung der Betriebsausgaben, einschließlich der Personalausgaben, Aufschluss gibt;
- sie fordern in der Eigenschaft als Auftraggeber Auskünfte betreffend die Verwaltung jener Aufträge an, die als Direktvergabe vergeben wurden.

#### Art. 21 ter - Personal

Das für die Durchführung der institutionellen Aufgaben und die Verwaltung des Vermögens der Gesellschaft erforderliche Personal, wird von der Gesellschaft gemäß den arbeitsrechtlichen Bestimmungen aufgenommen oder beauftragt.

Die Stellen werden von drei Sprachgruppen im Verhältnis zu ihrer anzahlmäßigen Stärke laut letzter amtlicher Volkszählung vorbehalten. Dabei ist die Stärke der Sprachgruppen bei den einzelnen beteiligten öffentlichen Körperschaften und der jeweilige Beteiligungsanteil am Gesellschaftskapital zu berücksichtigen. Im Falle von dringenden und unaufschiebbaren Diensterfordernissen können die Stellen in Abweichung vom ethnischen Proporz vergeben werden. In diesem Falle erfolgt die Wiederherstellung des ethnischen Proporz im Rahmen der zukünftigen Stellenvergaben.

Für die Aufnahme ist eine angemessene Kenntnis der italienischen und der deutschen Sprache Voraussetzung.

Die Gesellschaft regelt die Führung und Organisation des Personals durch eine interne Betriebsordnung.

Der Verwaltungsrat legt, unter Einhaltung der, auch von den EU-Bestimmungen abgeleiteten, Grundsätze der Transparenz, Öffentlichkeit und Unparteilichkeit, Kriterien und Modalitäten für die Personalauswahl und für die Vergabe von Aufträgen fest.

#### Art. 22 - Auflösung

Bei Auflösung der Gesellschaft - auch vor Ablauf der normalen Dauer - ernennt die außerordentliche Gesellschafterversammlung den oder die Liquidatoren und bestimmt deren Befugnisse.

#### Art. 23 - Schiedsgericht

Die Lösung eventueller Auseinandersetzungen, welche in Zusammenhang mit dieser Urkunde zwischen der Gesellschaft und den Gesellschaftern, den Verwaltern und den Liquidatoren entstehen sollten, wird dem Schiedsgericht der Handels-, Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammer Bozen unterbreitet und gemäß ihrer Schiedsordnung entschieden.

#### Art. 24 - Allgemeine Bestimmungen

Für alles, was in diesen Satzungen nicht vorgesehen ist, gelten die

Bestimmungen der geltenden Gesetze.

  
Belu  
Hartmann

Allegato "A"

**Statuto della società  
"IB SRL" società con unico socio**

**Art. 1 - Denominazione e sede**

È costituita una società a responsabilità limitata con unico socio sotto la denominazione

"IB Srl".

La società ha sede legale in San Candido.

Con delibera dell'assemblea dei soci possono essere istituite sedi secondarie, filiali, succursali, agenzie e rappresentanze, sia in Italia che all'estero.

**Art. 2 - Durata**

La durata della società è fissata dal giorno di costituzione fino al 31 dicembre dell'anno 2050 salvo proroga oppure anticipato scioglimento.

**Art. 3 - Oggetto sociale**

La società ha per oggetto la gestione della piscina pubblica di San Candido, realizzata dal Comune, così come dall'annessa unità gastronomica interna ossia l'affitto della stessa.

Quali attività di promozione dello sport e della salute, la società può organizzare corsi di nuoto per la popolazione. Può inoltre esercitare la vendita o l'affitto di beni necessari allo svolgimento del nuoto.

Per il raggiungimento dello scopo sociale la società può svolgere tutte le operazioni finanziarie, commerciali ed industriali di natura mobiliare ed immobiliare e gestire impianti al fine di conseguire un risparmio energetico.

Essa può, nell'ambito dello scopo sociale, costituire servitù, assumere mutui ipotecari, acquisire, cedere o rinunciare a diritti reali e compiere tutti i negozi giuridici che sono necessari o utili per il raggiungimento degli scopi sociali.

**Art. 3 bis - Società In-house**

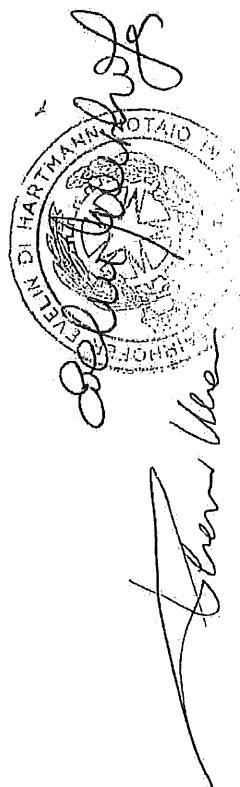
In qualità di società In-house è obbligatoriamente previsto, che oltre l'ottanta per cento del suo fatturato sia effettuato nello svolgimento dei compiti ad essa affidata dai soci pubbliche amministrazioni e che la produzione ulteriore rispetto al suddetto limite di fatturato sia consentita solo a condizione che la stessa permetta di conseguire economie di scala o altri recuperi di efficienza sul complesso dell'attività principale della società. Il mancato rispetto del limite quantitativo costituisce grave irregolarità ai sensi dell'art. 2409 del cod. civ. Per eliminare tali irregolarità si fa riferimento alle norme in materia."

**Art. 4 - Capitale sociale**

Il capitale sociale è fissato in Euro 25.000,00 (venticinquemila virgola zero).

**Art. 5 - Quote sociali**

Le quote sociali sono intestate a nome dei soci. I diritti sociali spettano ai soci in misura proporzionale alla partecipazione alla partecipazione da



ciascun posseduta.

Le partecipazioni sono trasferibili esclusivamente tra enti pubblici.

#### Art. 6 - Organi sociali

Gli organi sociali sono:

- l'assemblea dei soci;
- il consiglio di amministrazione;
- l'organo di controllo - revisore legale

È fatto divieto di istituire organi diversi da quelli previsti dalle norme generali in tema di società, salvo i casi di comitati per i quali non è previsto alcun compenso, quali comitati tecnici e/o per l'esercizio del controllo analogo.

#### Art. 7 - Assemblea dei soci

L'assemblea dei soci è il massimo organo della società. Le delibere sino vincolanti per tutti i soci presenti e non presenti nell'assemblea.

#### Art. 8 - Convocazione dell'assemblea dei soci

L'assemblea viene convocata dagli amministratori con lettera raccomandata o altri mezzi della trasmissione telematica dei dati, spediti ai soci almeno 8 giorni prima della data dell'assemblea.

La lettera di convocazione contiene il luogo, giorno e l'ora dell'assemblea, nonché l'ordine del giorno.

L'assemblea si considera regolarmente costituita, anche in mancanza di formale convocazione, quando sono presenti o rappresentate tutte le quote sociali, sono intervenuti tutti gli amministratori e tutti i membri dell'organo di controllo. L'assemblea può deliberare su tutti gli argomenti che rientrano nell'oggetto sociale.

Ogni socio ha il diritto alla richiesta della convocazione dell'assemblea dei soci per deliberare sull'ordine del giorno proposto.

#### Art. 9 - Assemblea dei soci ordinaria e straordinaria

L'assemblea ordinaria è convocata ogni anno entro quattro mesi dalla chiusura dell'esercizio sociale.

L'assemblea ordinaria approva il bilancio e delibera su tutti gli argomenti previsti dall'art. 2364 del Codice Civile.

Qualora particolare esigenze lo richiedono, l'assemblea dei soci ordinaria potrà venire convocata anche entro sei mesi dalla chiusura dell'esercizio sociale.

L'assemblea straordinaria è convocata per quelle delibere che per legge rientrano nella sua competenza.

#### Art. 10 - Diritto di partecipazione e rappresentanza

Il Comune quale socio può farsi rappresentare con delega scritta del sindaco da altra persona, anche non socio, con l'osservanza delle disposizioni dell'art. 2372 C.C..

#### Art. 11 - Presidenza dell'assemblea dei soci

L'assemblea dei soci è presieduta dal presidente del consiglio d'amministrazione o da altra persona designata dall'assemblea stessa.

Sull'andamento dell'assemblea viene redatto verbale da un segretario

nominato dall'assemblea. L'assistenza del segretario non è necessaria, quando il verbale dell'assemblea è redatto da un notaio.

#### Art. 12 - Costituzione dell'assemblea e validità delle deliberazioni

L'assemblea dei soci ordinaria in prima convocazione è regolarmente costituita con la presenza di più della metà del capitale sociale.

Le delibere sono valide se sono prese a maggioranza assoluta del capitale sociale presente o rappresentato.

Le assemblee ordinarie in seconda convocazione deliberano qualunque sia la parte di capitale rappresentata secondo le disposizioni di cui all'art. 2369 comma 3 del Codice Civile.

L'assemblea dei soci straordinaria in prima convocazione è regolarmente costituita con la presenza di almeno due terzi del capitale sociale.

L'assemblea dei soci straordinaria in seconda convocazione è regolarmente costituita con la presenza di almeno la metà del capitale sociale.

L'assemblea dei soci straordinaria delibera con il voto favorevole di tanti soci che rappresentino più della metà del capitale sociale.

#### Art. 12 bis - Proporzionale ed equilibrio di genere negli organi sociali

La composizione del consiglio di amministrazione e dell'organo di controllo deve rispettare le disposizioni sulla proporzionale applicate dall'Amministrazione provinciale.

La composizione del consiglio di amministrazione e dell'organo di controllo deve inoltre rispettare l'equilibrio di genere ai sensi della normativa vigente.

#### Art. 13 - Amministrazione

L'amministrazione della società spetta al consiglio di amministrazione, nominato dall'assemblea per un periodo di tre anni. L'amministrazione della società può essere affidata anche a non soci.

#### Art. 14 - Composizione del consiglio d'amministrazione

Il consiglio d'amministrazione si compone di tre membri.

Ai sensi dell'articolo 2449 del codice civile, le pubbliche amministrazioni che hanno partecipazioni nella società hanno la facoltà di nominare gli amministratori in misura proporzionale alle loro quote di partecipazione al capitale sociale.

Ogni amministratore può essere revocato in qualunque momento ai sensi dell'articolo 2383 e dell'articolo 2449 del codice civile.

L'assemblea fissa il compenso per gli amministratori e per i componenti dell'organo di controllo nel rispetto della normativa vigente.

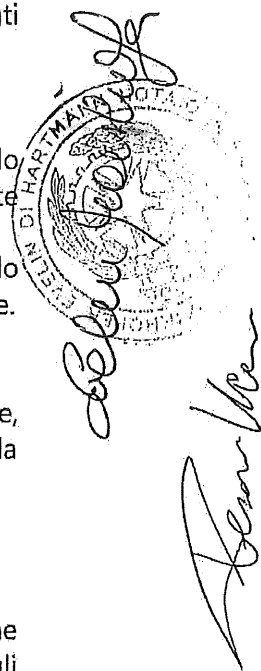
È fatto divieto di corrispondere gettoni di presenza o premi di risultato deliberati dopo lo svolgimento dell'attività, nonché di corrispondere trattamenti di fine mandato ai componenti degli organi sociali.

È fatto divieto di corrispondere rimborsi chilometrici per il raggiungimento della sede e/o luogo di svolgimento delle riunioni.

#### Art. 15 - Poteri e competenze del consiglio di amministrazione

Al consiglio di amministrazione spetta, nell'ambito dell'oggetto sociale, i più ampi poteri per l'amministrazione ordinaria e straordinaria della società.

In esecuzione di tale sua attività il consiglio di amministrazione si orienterà tenendo conto delle disposizioni di cui all'art. 21bis relative alle funzioni di



indirizzo e programmazione del Comune in qualità di socio.  
Per la validità delle delibere è necessaria la presenza della maggioranza degli amministratori in carica e le delibere sono prese a maggioranza assoluta dei presenti.

**Art. 16 - Il presidente del consiglio di amministrazione**  
Il consiglio di amministrazione nomina fra i suoi membri un presidente ed un vicepresidente, se questi non sono nominati dall'assemblea.  
La rappresentanza legale compete al presidente del consiglio di amministrazione.  
La carica di vicepresidente è attribuita esclusivamente nell'ipotesi di assenza o impedimento del presidente e senza riconoscimento di compensi aggiuntivi.  
Il consiglio di amministrazione attribuisce deleghe di gestione a un solo amministratore, salva l'attribuzione di deleghe al presidente previa autorizzazione dell'assemblea.

**Art. 17 - Organo di controllo - revisore legale**  
È obbligatorio per la società nominare un organo di controllo o un revisore.  
Nel caso in cui l'assemblea provvede alla nomina dell'organo di controllo, ne determina il numero dei componenti e gli attribuisce entrambe le funzioni, il controllo e la revisione legale. L'incarico dell'organo di controllo può, in alternativa, essere attribuito anche ad un revisore legale o ad una società di revisione.  
La retribuzione degli organi è determinata dall'assemblea.  
L'organo di controllo dura in carica tre esercizi e scade alla data dell'assemblea convocata per l'approvazione del bilancio del terzo esercizio.  
La cessazione per scadenza del termine ha effetto dal momento in cui il nuovo organo di controllo è nominato un revisore legale o una società di revisione.  
Indipendentemente dall'organo di controllo, ai soci, in relazione all'art. 2476 C.C., spetta il diritto di esercitare in qualsiasi momento la propria attività di controllo.

**Art. 18 - Bilancio annuale**  
L'esercizio sociale termina il 31 dicembre di ogni anno.

**Art. 19 - Il bilancio annuale**  
Gli amministratori procedono alla formazione del bilancio di esercizio con l'osservanza delle disposizioni di legge e di statuto e del principio generale della prudenza commerciale.

**Art. 20 - Ripartizione degli utili**  
Dagli utili netti annuali deve essere dedotta una somma corrispondente almeno alla ventesima parte di essi per costituire il fondo di riserva legale, fino a che questa non abbia raggiunto il quinto del capitale sociale.  
Sulla destinazione dell'utile rimanente delibera l'assemblea dei soci.

**Art. 21 - Finanziamento soci**  
I soci potranno eseguire, su richiesta dell'organo amministrativo ed in

conformità alle vigenti disposizioni di carattere fiscale, versamenti in conto capitale ovvero finanziamenti, che non costituiscano raccolta di risparmio tra il pubblico a sensi delle vigenti disposizioni di legge in materia bancaria e creditizia.

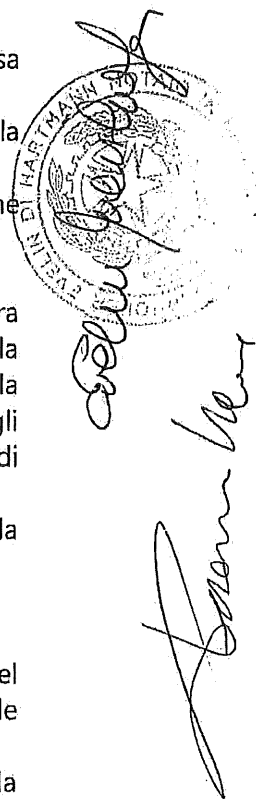
I finanziamenti concessi dai soci a favore della società in proporzione alla quota di capitale da ciascun socio posseduta, sono infruttiferi, salvo che siano regolati da altri accordi.

#### Art. 21 bis - Funzione di indirizzo e di controllo e di informazione

L'ente o gli enti pubblici soci esercitano le proprie funzioni di indirizzo, programmazione e controllo, nonché di diritto all'informazione, secondo le modalità previste dalla normativa vigente, dai contratti di servizio che regolano i rapporti tra società ed enti soci e dagli specifici regolamenti adottati dagli enti stessi.

Tra queste funzioni l'ente o gli enti pubblici soci:

- approvano preventivamente il programma annuale dettagliato della spesa e delle attività della società;
- ricevono dall'organo amministrativo l'elenco delle delibere adottate dalla società ed i relativi verbali;
- approvano gli atti di gestione straordinaria e quelli rilevati di gestione ordinaria;
- approvano le delibere che eccedono il programma di attività e il budget;
- ricevono annualmente, da parte dell'organo amministrativo, a chiusura dell'esercizio sociale, una relazione sul governo societario, che dia atto della verifica infra-annuale del rispetto degli equilibri economico/finanziari, della valutazione del rischio di crisi aziendale e dello stato di attuazione degli obiettivi fissati, con particolare riferimento al contenimento delle spese di funzionamento, ivi comprese quelle di gestione del personale;
- chiedono, in quanto ente committente, informazioni in merito alla gestione degli affari oggetto di un affidamento diretto.



#### Art. 21 ter - Personale

Per lo svolgimento dei compiti istituzionali e per l'amministrazione del patrimonio della società è assunto o incaricato dalla società il personale necessario, nel rispetto delle disposizioni in materia di diritto del lavoro.

La ripartizione dei posti tra i tre gruppi linguistici avviene in rapporto alla consistenza dei gruppi stessi quale risulta dall'ultimo censimento ufficiale della popolazione. Si tiene conto della consistenza dei gruppi linguistici applicabile agli enti pubblici soci, in misura proporzionale alle quote di partecipazione al capitale sociale. Per urgenti ed improrogabili esigenze di servizio o di funzionalità delle strutture i posti possono essere assegnati in deroga alla riserva proporzionale, fatto salvo il successivo conguaglio nell'ambito dei posti presi in considerazione ai fini del calcolo della proporzionale etnica.

Ai fini dell'assunzione è presupposta un'adeguata conoscenza della lingua italiana e tedesca.

La società disciplina la gestione ed organizzazione del personale per mezzo di un regolamento interno.

Il consiglio di amministrazione adotta criteri e modalità per il reclutamento del personale e per il conferimento degli incarichi nel rispetto dei principi,

anche di derivazione comunitaria, di trasparenza, pubblicità e imparzialità.

#### Art. 22 - Scioglimento

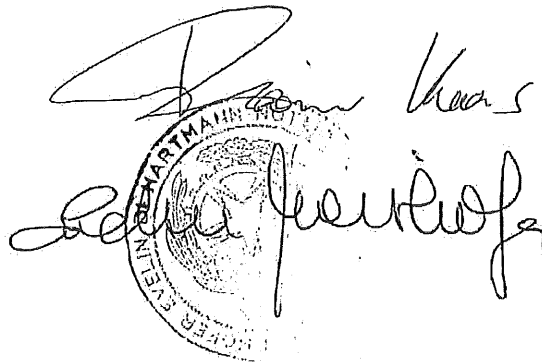
In caso di scioglimento della società - anche prima del decorso della normale durata - l'assemblea straordinaria nomina uno o più liquidatori, determinandone i poteri.

#### Art. 23 - Procedimento arbitrale

La risoluzione di eventuali controversie che dovessero sorgere fra la società ed i soci, gli amministratori ed i liquidatori, in dipendenza del presente atto, è deferita alla Camera arbitrale della Camera di commercio, industria, artigianato e agricoltura di Bolzano e decisa a norma del suo regolamento arbitrale.

#### Art. 24 - Disposizioni generali

Per tutto quanto non è previsto dal presente statuto valgono le disposizioni delle leggi vigenti.



The image shows two handwritten signatures in black ink. The top signature is 'H. K. K. K.' and the bottom signature is 'H. K. K. K.'. Overlaid on the bottom signature is a circular stamp. The stamp contains the text 'BOLZANO' at the top, 'CANTIERI' at the bottom, and 'CANTIERI' in the center. There is also a small '1' in the center of the stamp.

La presente copia informatica é conforme al suo originale, formato su supporto analogico, regolarmente firmato a norma di legge e conservato nei miei atti.

Essa sostituisce l'originale ad ogni effetto di legge, ai sensi dell'art. 22 del d.lgs. 7 marzo 2005, n. 82 e dell'art. 68-ter della legge 16 febbraio 1913, n. 89.

Firma digitale della dott.ssa Evelin Mairhofer, notaio in Brunico.

Certificato di firma valido dal 15 novembre 2017 al 15 novembre 2020.

Brunico, 13.02.2019